

Verwaltungsbericht 2025

In der Gemeinderatssitzung am 16.12.2025 von Bürgermeister Thomas Nowitzki

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Zur Jahresabschluss-Sitzung 2003 habe ich meinen ersten Verwaltungsbericht als Bürgermeister vorgestellt. Es ist seither in all den Jahren das Ziel dieser Präsentation mit Zahlen, Daten und Fakten die Entwicklung unseres „Städtles“ und die umfangreiche Arbeit des Gemeinderates und der Verwaltung versuchen darzustellen. Es fällt mir dieses Jahr zugegebenermaßen schwerer – aber dazu später mehr

Drei Themenschwerpunkte möchte ich zunächst in den Mittelpunkt stellen!

1. Kommunalfinanzen im Krisenmodus

Die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg stehen finanziell so schlecht da, wie noch nie. Rekorddefizite, steigende Ausgaben und sinkende Steuereinnahmen setzen die kommunalen Haushalte massiv unter Druck. Ohne strukturelle Reformen verlieren wir unseren Handlungsspielraum vor Ort – ja, auch zusammen mit den Landkreisen. Im Vorjahr war der Finanzierungssaldo der kommunalen Kernhaushalte in Deutschland mit - 3,1 Mrd. € schlechter ausgefallen als noch während der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dabei haben wir kein Einnahmeproblem, auch wenn die kommunalen Steuereinnahmen zurückgegangen sind. Es gibt auch einzelne Ausnahmen bei der Gewerbesteuer, leider sind wir nicht dabei. Die Ausgaben steigen kontinuierlich – ob es um die Kindergärten bzw. Kindertagesstätten geht, die Schulen und deren Betreuungsangebote, ab dem kommenden Schuljahr den beginnenden Rechtsanspruch auf ein Ganztagesangebot an den Grundschulen. Dazu die Personalkosten und verstärkt um Sicherheit und Infrastruktur.

Es geht längst nicht mehr um freiwillige Leistungen, sondern um das Fundament unseres Gemeinwesens. Seit langem fordert die kommunale Ebene: Die Kommunen brauchen einen größeren Anteil an den Steuereinnahmen. Doch Geld allein wird nicht genügen! Der Staat lebt über seine Verhältnisse. Bürokratieabbau hat Priorität, dazu Aufgabenverzicht, Standardkritik, realistische Sozial-Staatlichkeit. „Wer bestellt, bezahlt“ muss der Maßstab sein!

Dieses Prinzip ist nicht neu, es ist bereits seit Langem geltende Rechtslage. Die neue Bundesregierung hat ein klares Bekenntnis zu dieser Veranlassungskonkurrenz gegeben und bei den ersten Einnahmeausfällen für die Kommunen Wort gehalten und 13 Mrd. € kompensiert. Das Sondervermögen – oder ehrlicher die Sonderschulden des Bundes, die sog. LuKIFG-Mittel – können helfen, den Investitionsbedarf in den Kommunen nicht noch anwachsen zu lassen und gleichzeitig der Baubranche Luft zum Atmen zu geben. Ob es für die dringlichst notwendige Erholung der Bauwirtschaft reicht, hängt auch von der Unterstützung vor Ort ab. Das Land BW hat entschieden und gibt 2/3 der LuKIFG-Mittel mit 8.766.533.333 € für Investitionen an die Kommunen weiter. Die Gemeinden erhalten davon 74,1 %, Oberderdingen kann mit 7.645.000 € planen. Es sind Zuschüsse für Projektförderungen. Die Gemeinden sollen selbstständig und frei entscheiden, für welche Einzelinvestitionsmaßnahmen in die kommunale Infrastruktur und in welcher Höhe die Mittel eingesetzt werden. Wir müssen keine Anträge stellen. Wir können das Geld abrufen – sogar bis zu drei Monate vor der Zahlung. So etwas hat es in den letzten Jahrzehnten nie gegeben! Doch leider bleiben die strukturellen Defizite der laufenden Kosten!

2. Vertrauen durch Verantwortung

Vertrauen durch Verantwortung ist der Leitgedanke, den der Gemeindetag Baden-Württemberg in seiner Arbeit verfolgt. Ohne starke Kommunen gibt es keinen funktionierenden Staat. Vertrauen durch Verantwortung ist auch der Grundsatz in der Zusammenarbeit der Verwaltung mit dem Gemeinderat. Nach der Gemeindeordnung ist der Gemeinderat ein Verwaltungsorgan und keine Opposition. Unterschiedliche Aufgaben liegen in der Natur der Sache.

Doch wer über die Presse eine angeblich fehlende Wertschätzung einfordert, sollte der Verwaltung, den Amtsleitern und dem Bürgermeister gleichermaßen eine Wertschätzung entgegenbringen. Mit einer Feststellung von Manfred Rommel will ich für mich diese völlig unnötigen Dissonanzen ad acta legen:

- Manfred Rommel sagte:
„Die Demokratie lässt auch unberechtigte und überzogene Kritik zu. Von dieser Möglichkeit machen auch die Medien Gebrauch. Das muss innerhalb der vom Recht gezogenen Grenzen hingenommen werden im Interesse der Freiheit.“
- Karl Valentin schrieb:
„Es ist seltsam, dass jeden Tag gerade so viel geschieht, wie in eine Zeitung passt. Manchmal geschieht etwas weniger. Aber die Zeitungen können keine leeren Stellen ausweisen, womöglich mit dem Aufdruck „Notizen“, sondern müssen den Stoff etwas anreichern.“

Die Arbeit im Gemeinderat ist oft anspruchsvoll, erfordert Engagement und Hingabe. Jedes Mitglied trägt auf seine Weise dazu bei, unsere Stadt zu stärken und voranzubringen. Der Einsatz geht über das normale Maß hinaus und dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

Das Sitzungsjahr 2025 – das erste gesamte Jahr nach den Wahlen im Juni und der Verpflichtung der gewählten Gemeinderäte im September 2024 – war ein intensives und arbeitsreiches Jahr. 16 Sitzungen des Gemeinderates, dazu zwei Klausurtagungen des Gemeinderates zu den Zukunftsprojekten „Schlossgarten-Areal“ und „Amtshof/Grüne Stadtmitte“, sowie etliche Vor-Ort-Termine. Dazu 10 Sitzungen der beschließenden Ausschüsse ATU und AVS. 250 Tagesordnungspunkte und 351 Vorlagen, die von der Verwaltung gefertigt zur Vorbereitung der Gremiensitzung über das Ratsherreninformationssystem übergeben wurden. 44 Stunden reine Sitzungszeit! Im Gemeinderat wurden 54 % aller Beschlüsse einstimmig beschlossen! Da darf die Verwaltung doch davon ausgehen, dass sich die Befürworter mitgenommen fühlen!

Manfred Rommel hat dies als Oberbürgermeister von Stuttgart so formuliert:

„Herr Kussmaul, Sie können keinen Antrag stellen, der lautet: Ich habe Bedenken – aber Du, Verwaltung, sage mir, warum!“

Zu diesen 28 Sitzungen der Gremien des Gemeinderates kommen noch 24 weitere Sitzungen mit Beteiligung der Gemeinderäte: Ältestenrat, Kindergartenausschuss, Verbandsversammlungen des Abwasserverbandes Oberer Kraichbach und die Aufsichtsräte der Kommunalbau GmbH, der WFI GmbH + Co. KG sowie der Oberderdinger Marketing GmbH. Als Fazit bleibt festzustellen:

- der Gemeinderat hat mit breiten Mehrheiten den 2019 eingeleiteten Stadtentwicklungsprozess bis 2030 bestätigt
- die zukünftige positive Entwicklung ist nicht von der Größe einer Stadt abhängig, und auch nicht von politischen Ideologien wie z.B. Fairtrade-Kommune zu sein, sondern vom Miteinander der Akteure Bürgermeister, Gemeinderat und Verwaltung.

3. Wohnraum schaffen, Zukunft bauen

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnen heißt, ein Zuhause zu haben. Wohnen ist Heimat. Deshalb ist der Bau von ausreichend Wohnraum eine der sozialen Fragen unserer Zeit. In der eigenen Wohnung oder gar im eigenen Haus zu wohnen ist meines Erachtens die beste Altersvorsorge für die Zeit nach dem Renteneintritt, wenn das Einkommen sinkt und die Miete nicht steigen darf.

Die „große Politik“ hat bislang leider noch nicht mit Steuererleichterungen für private im eigenen Haus oder Wohnung die Weichen dafür gestellt, dass der Bau-Turbo in Deutschland gezündet wird. Gesetzesänderungen liegen vor, die LBO-Reform will weniger Bürokratie und mehr Freiheit. Mehr Freiheit heißt auch mehr Verantwortung. Dies wird ohne die Städte und Gemeinden nicht gelingen. Die Bundesregierung hat das Planungs- und Baurecht vereinfacht. Der Bau-Turbo soll ein Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz sein! Der Gemeinderat wird sich im kommenden Jahr damit befassen! Dabei machen wir seit Jahren, was jetzt angedacht ist! Bei der Schaffung von Wohnraum darf der Fokus nicht allein auf den Neubau gerichtet werden. Nachverdichtung nach Abbruch von Leerstandssimmobilien, Sanierungen, Um- und Erweiterungsbau von Bestandsimmobilien müssen in den Blick genommen werden. So wie bei uns! Ein aktives Flächenmanagement der Stadt ist unverzichtbar, fordert uns, ist aber seit mehr als 30 Jahren die Grundlage für bauliches Wachstum mit nur sparsamer Flächeninanspruchnahme. Im Jahr 2008 haben wir die Kommunalbau GmbH als 100%-Tochter der Stadt gegründet. Zum Jahresende 2025 verfügt die Kommunalbau über 143 Wohnungen, 25 Wohnungen befinden sich im Bau, dazu 9 Gewerbeobjekte. Der Schwerpunkt liegt auf sozialem und bezahlbarem Wohnraum. Im Jahr 2025 hat die Kommunalbau folgende Wohnungsbauprojekte fertiggestellt:

- Wohnen am Heiliggrund (Oberderdingen)
32 Wohneinheiten (alle vermietet), die Abrechnung steht wegen der Insolvenz eines Vertragspartners derzeit noch aus.
- Um- und Erweiterungsbau ehem. Gasthaus TRAUBE (Großvillars)
4 Wohneinheiten in der früheren Scheune sind bezogen. Die 3 Wohneinheiten im denkmalgeschützten ehem. Gasthaus sollen im Sommer 2026 fertiggestellt sein.
- Flehinger Str. 8 (Oberderdingen)
6 Wohneinheiten waren bezugsfähig.
- Haupstr. 35 (Oberderdingen)
Das aufwändigste Projekt ist die Sanierung des denkmalgeschützten Hauses Hauptstr. 35. Dort entstehen in Bauherregemeinschaft zwischen der Stadt und der Kommunalbau 6 Mietwohnungen, die im Herbst 2026 bezogen werden sollen.
- Sulzfelder Str. 2 (Oberderdingen)
Das Haus wird fertiggestellt und mit ihm wird eine Baulücke geschlossen und das Wohnumfeld aufgewertet.
- Dr. Friedrich-Schmitt-Str. 8 (Oberderdingen)
Das Objekt befindet sich mit 14 Wohneinheiten im Bau.
- Schillerstr. 41 (Oberderdingen)
Das Objekt befindet sich mit 7 Wohneinheiten im Bau.

Weitere Projekte in der Innenentwicklung werden folgen. Dazu sollen 2026 die Bauflächen-Arrondierungen an der Mühlgasse, Kirchberg-West und im Kirchhoffeld erschlossen und vermarktet werden. Mehr als 3 ha Bauland hat die Stadt durch ihr Flächenmanagement im Portfolio.

Die Einwohner-Zahlen sind im Jahr 2025 von Seitwärtsbewegungen geprägt. Die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber ist drastisch gesunken und neuer bezahlbarer Wohnraum war 2025 mit Ausnahme der Kommunalbau-Projekte Mangelware. Mit der Fertigstellung und dem Verkauf sowie der Vermietung der aktuellen und neuen Projekte wird die Zahl der Einwohner wieder steigen.

Engagiertes Personal als Schlüssel zum Erfolg!

Nur mit engagiertem und gut ausgebildetem Personal kann eine Stadtverwaltung die Ziele erreichen! Die Zahl unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist mit 234 Beschäftigten stabil. Einzig im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher sowie Betreuungskräfte ist ein Zuwachs um 2,5 Vollzeitäquivalenten (ohne die Auszubildenden) auf derzeit 45,5 Vollzeitäquivalenten zu verzeichnen. Im Bauhof konnten wir Nachbesetzungen realisieren. Das Rathaus-Team hat mit Frau Krimmel als Amtsleiterin im Büro des Bürgermeisters und Frau Zang als Stellvertreterin im Bürgeramt länger nicht besetzte Stellen besetzt und an Qualität gewonnen. Zum 01.09.2025 konnten wir insgesamt 9 Auszubildene begrüßen (2 Verwaltungsfachangestellte, 2 Berufsanfänger im gehobenen Dienst im Einführungspraktikum und 3 Azubis im erzieherischen Bereich). Ob die Tarifneuregelung einer Pflicht zur Übernahme von Azubis nach der Ausbildung in ein festes Anstellungsverhältnis insgesamt eine für die jungen Menschen gute Lösung ist, darf mindestens bezweifelt werden. Wir bilden gerne aus und die meisten unserer Mitarbeitenden im Rathaus haben bei uns die Ausbildung absolviert.

Einen erfolgreichen Weg können unsere jungen Mitarbeitenden gehen. Allein vier haben eine Weiterbildungsherausforderung vor sich. Ein Mitarbeiter nimmt berufsbegleitend über 2 ½ Jahre einen Masterstudiengang an der Fachhochschule Kehl auf. Ein weiterer Mitarbeiter nimmt im Frühjahr 2026 ein Vollzeitstudium für den Bachelor of Arts an der Fachhochschule Kehl auf. Er verlässt dazu die Stadtverwaltung, bei der er erfolgreich seine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten gemacht hat. Ihm folgt ein Jahr später eine Mitarbeiterin. Und eine weitere Mitarbeiterin macht berufsbegleitend die Aufstiegsfortbildung vom mittleren zum gehobenen Dienst.

Die Qualität steigt, die Personalkosten nehmen zu. Die Personalkosten bei den Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg verzeichnen in den letzten Jahren einen kontinuierlichen Anstieg und stehen mit 10,2 Mio. € im laufenden Jahr einen signifikanten Ausgabenposten dar. Die jüngsten Entwicklungen sind geprägt durch:

- Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst mit deutlichen Lohnsteigerungen, die die Haushalte der Kommunen direkt belassen
- Übertragung von zusätzlichen Aufgaben durch Bund und Land ohne oder durch zu niedrige Kostenersätze (z.B. im KiTa-Bereich)
- und nicht zuletzt auch hohe Standardvorgaben – so hat Baden-Württemberg beispielsweise den besten Betreuungsschlüssel im KiTa-Bereich von allen Bundesländern.

Für eine erfolgreiche Personalentwicklung müssen sich die Mitarbeiter wohlfühlen und bereit sein, sich weiterzuentwickeln. Dazu gehören eine offene Kommunikation, eine gute Fehlerkultur, Teamarbeit und Zusammenarbeit sowie Wertschätzung und Anerkennung. Wir versuchen dies zu leben. In einer überschaubaren Verwaltung gibt es jedoch auch Grenzen und nicht alle Wünsche können erfüllt werden. Beispielsweise Teilzeit im Rathaus. Viele unserer Mitarbeiterinnen, die Beruf und Familie vereinbaren möchten, arbeiten Teilzeit. Ab einem Beschäftigungsumfang von 30 %, bei Führungskräften (SG-Leiterinnen) sollten es min. 60% sein. Und nicht alle und immer vormittags. Auch Home-Office ist limitiert. Unsere Einwohnerinnen und Einwohner benötigen meist ihre Ansprechperson vor Ort.

Viele Verwaltungen fordern seit Corona von den „Kunden“ Terminabstimmungen ein, ohne die im BürgerBüro nichts mehr geht. Wir arbeiten dort ohne Termine noch so flexibel – seit über 20 Jahren dazu 1x im Monat auch am Samstagvormittag.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt – also etwa 230 Menschen. Jede und jeder bringt sich an der übertragenen Stelle ein, kompetent und engagiert, ohne diese Teamarbeit würde unser Gemeinwesen nicht so gut funktionieren. Ein besonderer Dank gilt den Amtsleiterinnen und Amtsleitern sowie ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern, die mit ihrer Führungsverantwortung verlässlich arbeiten.

Gemeinderats-Klausuren zu Zukunftsprojekten

Klausur zu „Schlossgarten-Areal Flehingen“ am 10.03.2025

- „Workshop“ über 3 Stunden mit dem Team der Architekten/Stadtplaner Schöffler und 19 Mitgliedern des Gemeinderates
- Vorträge und Bürgerschaftsbeteiligung am „Tag der offenen Tür“ im Rathaus am 01.06.2025
- Diskussion der Ziele, Verfahrensschritte, Planungsvarianten, Grundstücksoptionen und Positionierung der Stadtplaner im Gemeinderat am 24.06.2025
- Beratung im Gemeinderat am 15.07.2025 und Feststellung der Variante D der Stadtplanung als Grundlage der weiteren Planungsschritte Auftrag an die Verwaltung Fachplaner zu engagieren

Klausur zu „Amthof/ Grüne Stadtmitte“ am 05.05.2025

- „Workshop“ über 3 Stunden mit dem Team der Architekten Stadtplaner Schöffler und 20 Mitgliedern des Gemeinderates
- Vorträge und Bürgerschaftsbeteiligung am „Tag der offenen Tür“ im Rathaus am 01.06.2025
- Diskussion der Ziele, Verfahrensschritte, Planungsvarianten, Grundstücksoptionen und Positionierung der Stadtplaner im Gemeinderat am 24.06.2025
- Freigabe des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) zur Antragsstellung für ein Städtebauliches Verfahren an das Land im Gemeinderat am 24.06.2025
- Antrag an das Land BW am 06.10.2025 zur Förderung des Projekts mit einem (ersten) Fördervolumen mit 5,6 Mio. €
- Beratung und Beschlussfassung im Gemeinderat zur Aufstellung eines Bebauungsplans und einer Veränderungssperre im Gemeinderat am 04.11.2025

Grünstrom durch Wind im Kraichgau

Zusammen mit weiteren Gemeinden im Kraichgau haben wir uns das gesamte Jahr 2025 mit dem Thema Windenergie beschäftigt. Der Landesgesetzgeber hat die Regionalverbände im Land beauftragt die Vorranggebiete für Windenergie zu sichern. Für Oberderdingen hat man sich in der Region auf den Standort „Hochwald“ an der B293 fokussiert. 100 % der Fläche befindet im städtischen Eigentum. Der Verband übernimmt die Hagenrainfläche wegen ihrer geringen Größe nicht in den Regionalplan, weist dagegen Vorrangflächen im privaten „Großen Sickinger Wald“ aus. Die Verträge für bis zu 5 Windenergieanlagen am Standort Hochwald sind seitens der Stadt mit der EnBW unter Dach und Fach. Es zahlt sich aus, dass wir in Oberderdingen bereits 2018 den Teilplan Wind des Flächennutzungsplans beschlossen haben. Die Informationsveranstaltung im Juli 2025 stieß auf durchaus großes Interesse. Der Gemeinderat wird im 1. Quartal 2026 im Zuge des Antragsverfahrens über die Ergebnisse der Gutachten informiert. Ziel der EnBW ist der Abschluss des Genehmigungsverfahrens und die erforderliche EEG-Ausschreibung bis Jahresende 2026. Die sowohl von der Stadt Bretten als auch von Oberderdingen nicht befürwortete Vorranggebietsfläche westlich des

Schwarzerdhofes auf Gemarkung Bretten wird in einem ersten Änderungsverfahren vom Regionalverband kritisch überprüft.

Stadtarchiv

Seit über einem Jahr ist die Stelle eines Stadtarchivars mit Marco Rödler besetzt. 2025 war er in Abstimmung mit dem Kreisarchivar zu 50 % an die Stadt Östringen „ausgeliehen“. 2026 wird er wieder zu 100 % für Oberderdingen arbeiten, davon 50 % auf 1 Jahr befristet. Fast 250 Archivnutzungen und Nutzeranfragen waren zu gewährleisten, 8 Archivführungen wurden durchgeführt. Die „Stolpersteinverlegung“ im August 2025 wurde organisiert, Forschungsartikel, wirtschaftliche Studien, Zuarbeit zur Forschung über die Zwangsarbeite geleistet. Für die Verwaltung wurden intern 681 Archivalien recherchiert und zur Verfügung gestellt. Gestartet wurde ein interkommunales Digitalisierungsprojekt mit dem Stadtarchiv Bretten. Dabei werden wertvolle Zeitungsbestände des späten 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhundert digital verfügbar.

Nun zeige ich Ihnen anhand der Präsentation einige wichtige Zahlen, Daten, Fakten etc.

Ich danke abschließend dem Gemeinderat, den Bürgermeister-Stellvertretern für die gemeinsame Arbeit, sowie allen Einwohnerinnen und Einwohnern, allen Unternehmen und Betrieben, allen Steuer- und Gebührenzahlern und natürlich allen ehrenamtlichen Interessenten der Freiwilligen Feuerwehr und der DRK.

Ihnen allen wünsche ich frohe Weihnachten, erholsame Tage und einen guten Übergang ins Jahr 2026.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.